

# Außenwirtschaft aktuell



Industrie- und Handelskammer  
für Ostfriesland und Papenburg

3

2018

<b>Veranstaltungen/Unternehmerreisen</b>	<b>3</b>
8. März: Workshop „Von internationalen Ausschreibungen profitieren“, Bremen .....	3
13. bis 15. März: Delegationsreise zur Business Opportunities Fair, Manila und Kolkata .....	3
16. März: China Day, Berlin.....	4
20. – 23. März: ESEF 2018, Utrecht.....	4
15. – 16. Mai: Promotiedagen Drenthe, Assen.....	5
19. Juni: Einkaufsinitiative Westbalkan, Frankfurt am Main.....	5
<b>Zoll- und Außenwirtschaftsrecht</b>	<b>6</b>
Asien-Pazifik: Freihandelsabkommen CPTPP auf den Weg gebracht.....	6
EU: Zusatzzölle auf Waren mit Ursprung in den USA.....	6
GZD: Neubewertung von Zolllagern Typ D und E.....	7
Israel: Neue Zollplattform in Betrieb genommen.....	7
Japan: Neue technische Standards .....	8
EU: Fortschritte in Verhandlungen mit Mercosur-Staaten .....	8
Nigeria: Neue Local Content-Bestimmungen in Kraft.....	8
Saudi-Arabien: „Exportal“ eingestellt .....	9
Slowenien: Neue Registrierungspflicht im nationalen Transparenzregister beachten.....	9
Tschechische Republik: Neues Transparenzregister .....	10
Vietnam: Einfuhren ausländischer Automobile behindert.....	10
<b>Ländernotizen</b>	<b>11</b>
China: Steuer für die Umwelt.....	11
China verbietet Müllimport und setzt auf Wiederverwertung.....	11
Frankreich: Pariser Verkehrsbetrieb lanciert Großausschreibung für Elektrobusse.....	12
Frankreich: Datenschutz treibt Softwaremarkt an .....	12
Griechenland: Kaufkraft und Konsum .....	13
Israel: Gegengeschäftsforderungen in Israel zwischen Strenge und Flexibilität .....	13
Israel: Sonderkennzeichnung ungesunder Nahrungsmittel ab 2020 .....	13
Iran: Hafensektor macht Fortschritte.....	13
Irland: Neue Klinikprojekte geplant .....	14
Italien: Medizintechnikhersteller bauen Exportgeschäft aus .....	14
Niederlande: Medizintechnikmarkt wächst robust.....	14
Polen: Möbelindustrie investiert weiter .....	14
Polnische Häfen schlagen mehr Güter um .....	15
Russland: Anforderungen an Produkte "Made in Russia" steigen .....	15
Schweiz: Anteil des Solarstroms soll weiter erhöht werden.....	15
Tunesien: Deutsche Investoren im Maghreb zum Teil unterrepräsentiert.....	15
Türkei: Markt für Medizintechnik hat hohes Wachstums-potenzial .....	16
Ungarn: Möbelhersteller baut Kapazitäten aus .....	16
Vietnam: Getränkemarkt wächst .....	16
<b>Allgemeines</b>	<b>16</b>
China: Unterstützung durch German Centres .....	16

BREXIT: DIHK-Umfrage „Auswirkungen des Brexit“ veröffentlicht .....	17
---	----

<b>Impressum</b>	<b>18</b>
------------------	-----------

## Veranstaltungen/Unternehmerreisen

### 8. März: Workshop „Von internationalen Ausschreibungen profitieren“, Bremen

(HK) - Die Projekte und Ausschreibungen der Weltbankgruppe, Vereinten Nationen und deutschen Entwicklungszusammenarbeit bieten der mittelständischen Wirtschaft Chancen für den Markteinstieg in Entwicklungs- und Schwellenländern, schließlich werden jährlich von den bi-und-multilateralen Organisationen etwa 50 Mrd. US Dollar in Vorhaben der Entwicklungszusammenarbeit investiert. Deutschland gehört mit mehr als 8 Mrd. Euro jährlich zu den wichtigsten Gebern internationaler Entwicklungsgelder. Geschäftsschwerpunkte deutscher Unternehmen liegen in Bau- und Beratungsleistungen sowie der Lieferung von Ausrüstungsgütern. Sie kommen bei internationalen Ausschreibungen der Entwicklungszusammenarbeit allerdings weitaus weniger zum Zuge als die internationale Konkurrenz, obwohl sie im direkten Exportgeschäft sehr erfolgreich sind. Die Gründe hierfür sind vielfältig: Um Aufträge zu akquirieren und sich im „Dschungel“ der Ausschreibungen zurecht zu finden, sind regelmäßige und systematische Analysen der Ausschreibungen und Projektfrühinformationen der internationalen Entwicklungsorganisationen sowie Kenntnisse über die jeweilige Ausschreibungspraxis und Beschaffungspolitik notwendig. Diese sind vielen kleinen und mittleren Unternehmen nicht bekannt bzw. mit Zeit und Kosten verbunden. Darüber hinaus fehlen oft die passenden Konsortialpartner, um sich erfolgreich bei Ausschreibungen zu beteiligen. Die Veranstaltung informiert über internationale Ausschreibungen, das Beschaffungswesen der internationalen Organisationen und gibt Tipps und Hinweise für die Praxis. Unternehmen aus den Branchen Infrastruktur, Consulting, Bildung und Gesundheit werden gezielt darauf vorbereitet, sich an Projekten und Programmen der Weltbank, der Vereinten Nationen und der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu beteiligen.

Im Anschluss an die Vorträge haben Unternehmen im Rahmen einer Kooperationsbörse die Möglichkeit, Geschäftspartner für die erfolgreiche Beteiligung an Ausschreibungen kennenzulernen.

### 13. bis 15. März: Delegationsreise zur Business Opportunities Fair, Manila und Kolkata

(DIHK) - Die Asian Development Bank (ADB), einer der wichtigsten regionalen Auftraggeber, lädt zu ihrer Business Opportunities Fair ein. Die Veranstaltung ist ein One-Stop Forum für Berater, Bauunternehmer, Hersteller und Lieferanten, die Waren und Dienstleistungen für ADB-Projekte zur Verfügung stellen wollen.

Die AHK Philippinen ermöglicht in Zusammenarbeit mit dem OAV deutschen



Unternehmen aus dem Mittelstand eine Delegationsreise zur Business Opportunities Fair. Im Rahmen der Reise vom 13. bis 15. März 2018 erhalten die Teilnehmer einen Einblick in die wirtschaftspolitische Situation der ASEAN-Region und in das dortige Auftrags- und Beschaffungswesen. Neben dem Besuch der Messe und direkten B2B Meetings mit Generalunternehmern aus dem asiatisch-pazifischen Raum, die sich an ADB-Ausschreibungen beteiligen, arrangiert von der AHK Philippinen, gibt es weitere Highlights. Bei weiteren Fragen können Sie gerne Frau Charlotte Bandelow unter [charlotte.bandelow@gpcci.org](mailto:charlotte.bandelow@gpcci.org) kontaktieren.

### 16. März: China Day, Berlin

(DIHK) - Bereits zum 3. Mal veranstaltet die Chinesische Handelskammer in Deutschland (CHKD) in Kooperation mit dem DIHK und dem BDI in Berlin den China Day, eine Diskussionsveranstaltung mit und für Wirtschaftsvertreter beider Länder. Im Fokus stehen diesmal die Zukunft der E-Mobilität in China und Deutschland sowie Kooperationen zwischen chinesischen und deutschen Unternehmen. In zwei Diskussionsrunden werden die damit verbundenen Chancen und Herausforderungen auch in der Investitionszusammenarbeit beleuchtet. Darüber hinaus bietet der China Day wie gewohnt Gelegenheit zum Netzwerken. Ansprechpartnerin: Vera Philipps, Referatsleiterin Ostasien (Greater China, Japan, Korea) , E-Mail: [philipps.vera@dihk.de](mailto:philipps.vera@dihk.de)

### 20. – 23. März: ESEF 2018, Utrecht

(MM) - ESEF ist der internationale Treffpunkt für die Zulieferindustrie, Einkäufer, Outsourcing, Produktentwicklung und Engineering. Zahlreiche Aussteller und rund 25.000 Besucher machen die Messe zur größten ihrer Art im Beneluxraum. Deutschen Besuchern bietet sich die Möglichkeit, insbesondere mit innovativen Zulieferern aus den Niederlanden Kontakte zu knüpfen.

Die Besucher kommen, um sich über sich über aktuelle Entwicklungen zu informieren, um (neue) Kontakte zu knüpfen, Wissen zu teilen und zu investieren. Ein besonderer Fokus liegt auf den Bereichen:

- Smart Industry/Industrie 4.0
- Additive Manufacturing/3D Printing
- Robotik
- Neue Materialien
- Kreislaufwirtschaft/Nachhaltige Produktion

Eine besondere Einladung für die ESEF 2018 geht an Teilnehmer aus Deutschland. Neben der kostenlosen Teilnahme wird Ihnen ein besonderes Programm inkl. VIP-Service geboten. Ziel ist es, sie gezielt mit niederländischen Ausstellern und Besuchern ins Gespräch zu bringen.

Zudem beraten wir Sie gerne vorab über die Möglichkeit, vor Ort an einem gezielten Matchmaking teilzunehmen. Weitere Informationen unter  
Tel: 0049 - 2821 - 711 56 13 oder per  
E-Mail [alf.buddenberg@mediamixx.eu](mailto:alf.buddenberg@mediamixx.eu)

### 15. – 16 Mai: Promotiedagen Drenthe, Assen

(PT) - Das Unternehmertreffen 'Promotiedagen Drenthe' findet am 15. und 16. Mai im niederländischen Assen statt. Diese jährliche 'Business to Business'- Messe hat in den vergangenen 29 Jahren ihren Wert für die Wirtschaft eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Mit rund 300 Standinhaber und mehr als 9.000 Besuchern in zwei Tagen zählt die Messe zu den größeren Unternehmertreffen im Norden der Niederlanden. Die Promotiedagen sind ein offenes Unternehmertreffen, sie erfordern nur geringe Investitionen, bieten aber optimale Effizienz und hohe Qualität. Zwei Tage lang haben Sie die Möglichkeit, viele Geschäftskontakte in einem sehr ansprechenden Ambiente zu knüpfen. Durch die Harmonisierung des europäischen Rechts und die Kommunikationsmöglichkeiten auf der elektronischen Datenautobahn wird es für Unternehmer immer attraktiver, sich außerhalb ihres Heimatmarktes zu engagieren. Vor allem für Unternehmen mit Sitz in Nähe der Landesgrenzen liegt ein sehr interessantes Absatzgebiet direkt vor der eigenen Tür.

Veranstalter, Informationen und Reservierung  
Promotiedagen Drenthe BV.  
Postfach 5124  
NL-9700 GC GRONINGEN  
T. +31-50-525 89 99 / F. +31-50-525 86 50  
[info@promotiedagendrenthe.nl](mailto:info@promotiedagendrenthe.nl)  
[www.promotiedagendrenthe.nl](http://www.promotiedagendrenthe.nl)

### 19. Juni: Einkaufsinitiative Westbalkan, Frankfurt am Main

(BMW) - Die B2B-Veranstaltung bietet Einkäufern die Möglichkeit, mit ausgewählten Lieferanten aus den südosteuropäischen Märkten (Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Serbien und Slowenien) in vorab terminierten Gesprächen Kooperationsmöglichkeiten auszuloten. Interessierte Teilnehmer können bis zum 9. März das Kurzprofil anfordern, um ihren Bedarf zu erfassen. Veranstalter ist der Bundesverband Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik (BME) im Auftrag des BMW, in Zusammenarbeit mit der AHK Serbien und der IHK Frankfurt am Main. Die bisherigen Konferenzen waren sehr erfolgreich und fanden in München, Dortmund und Belgrad statt. Seit 2015 haben knapp 100 deutsche Unternehmen im Rahmen der Einkaufsinitiative risikoarm, effizient und kostenfrei passende Lieferanten für ihre individuellen Bedarfe finden können. Zielgruppe in Deutschland sind die Einkäufer von produzierenden Unternehmen.

Weitere Informationen zur Anmeldung und zur Veranstaltung unter [https://www.frankfurt-main.ihk.de/veranstaltungen/8/53358/Treffen\\_Sie\\_qualifizierte\\_Zulieferer-\\_4\\_Einkaufsinitiative\\_Westbalkan\\_in\\_Frankfurt/index.html?id=2745](https://www.frankfurt-main.ihk.de/veranstaltungen/8/53358/Treffen_Sie_qualifizierte_Zulieferer-_4_Einkaufsinitiative_Westbalkan_in_Frankfurt/index.html?id=2745)

## Zoll- und Außenwirtschaftsrecht

### Asien-Pazifik: Freihandelsabkommen CPTPP auf den Weg gebracht

(GTAI) - Ein Zeichen für den Freihandel setzten die Minister von elf Ländern im Asien-Pazifik-Raum, als sie Mitte Januar 2018 das Nachfolgeabkommen für die Trans-Pacific Partnership auf den Weg brachten. Für Japan darf dies als diplomatischer Erfolg gewertet werden, denn das Land hat sich nach dem Ausscheiden der USA zur treibenden Kraft hinter dem Freihandelsvertrag aufgeschwungen. Mit diesem entsteht eine Zone mit 500 Millionen Einwohnern und einer Wirtschaftsleistung von über 10 Billionen US-Dollar.

### EU: Zusatzzölle auf Waren mit Ursprung in den USA

(GTAI) – Die zusätzlichen Zölle auf bestimmte Waren mit Ursprung in den Vereinigten Staaten von Amerika sind bisher in Verordnung (EG) Nr. 673/2005 festgelegt. Da diese Verordnung mehrfach geändert wurde, werden alle Änderungen nun mit der vorliegenden Verordnung (EU) 2018/196 kodifiziert und die ursprüngliche Verordnung mitsamt allen Änderungen aufgehoben. Die Höhe des Zusatzzolls (zurzeit 4,3 Prozent) und die betroffenen Waren ändern sich durch die Kodifizierung nicht. Eine Anpassung der Zusatzzölle erfolgt jährlich zum 1. Mai. Die Europäische Kommission hat ihren Vorschlag für eine Anpassung der Zusatzzölle bereits veröffentlicht. Sie sieht eine Reduzierung des Zusatzzolls auf 0,3 Prozent vor.

Hintergrund der EU-Zusatzzölle auf bestimmte Waren mit US-amerikanischem Ursprung ist der WTO-Streit zwischen der EU und den USA hinsichtlich des amerikanischen „Continued Dumping and Subsidy Offset Act of 2000“ (sog. „Byrd-Amendment“). Dieses Gesetz sieht vor, dass in den USA erhobene Antidumping- und Ausgleichszölle an die Unternehmen verteilt werden, die die entsprechenden Antidumpingverfahren angeregt bzw. unterstützt haben. Das Gesetz wurde 2005 vom zuständigen WTO-Panel als nicht WTO-konform eingestuft. Der EU und sieben weiteren Klägern wurde die Erhebung von Strafzöllen zugebilligt.

Die Genehmigung der WTO zur Aussetzung von Zollzugeständnissen sieht vor, dass der Umfang der Strafmaßnahmen jedes Jahr an den Umfang der

durch das CDSOA zunichte gemachten oder geschmäleren Vorteile der Gemeinschaft angepasst wird.

### GZD: Neubewertung von Zolllagern Typ D und E

(Zoll) - Die Generalzolldirektion (GZD) hat mit Schreiben vom 28. Februar 2018 darüber informiert, dass die Hauptzollämter in Kürze mit der Neubewertung von zollrechtlichen Bewilligungen für Zolllager des Typs D und E beginnen werden. Dazu werden die ca. 1.000 Bewilligungsinhaber von den zuständigen Hauptzollämtern (HZA) in den kommenden Wochen angeschrieben. In ihrem Schreiben legt die GZD ihr Konzept zur Zolllagerumstellung dar.

Gemäß Unionszollkodex werden vor dem 1. Mai 2016 nach altem Zollkodex bewilligte Zolllager des Typs D und E künftig als privates Zolllager (Art. 240 UZK) fortgeführt.

Allerdings wird der frühere Bewilligungsumfang (Zolllager plus mitbewilligte Anschreibung in der Buchführung) fortan unterteilt in Bewilligungen für Zolllager und Bewilligungen für das Anschreibeverfahren zu Überlassung zum zollrechtlich freien Verkehr.

Dem Schreiben der GZD sind u. a. Hinweise zum verfahrenstechnischen Ablauf der Umstellung der Zolllager, zu etwaigen warenspezifischen Einschränkungen im Zusammenhang mit der Bewilligung zur Anschreibung in der Buchführung mit und ohne Gestellungsbefreiung sowie zur Handhabung der Anmeldung von Waren zu den Verfahren 42, 45, 63 und 68 zu entnehmen. Nach Abschluss der Neubewertung werden die bisherigen Bestandsbewilligungen mit Wirkung zum 30. April 2019 widerrufen. Die neuen Bewilligungen sind gültig ab 1. Mai 2019.

Für Waren, die sich zum Zeitpunkt des Widerrufs noch im Verfahren eines widerrufenen Zolllagers befinden, wird von der Überwachungszollstelle in Abstimmung mit dem Bewilligungsinhaber eine Abwicklungsfrist gesetzt, innerhalb derer das Zollagerverfahren zu erledigen ist.

Mehr Informationen auf [www.zoll.de](http://www.zoll.de)

### Israel: Neue Zollplattform in Betrieb genommen

(GTAI) - Die israelische Zolldirektion (Israel Customs Directorate) hat am 14. Januar 2018 ihre neue vollcomputerisierte Außenhandelsplattform Global Gate (Hebräisch: Shaar Olami) in Betrieb genommen. In diesem Stadium werden über die Plattform Importtransaktionen abgewickelt; die Ausdehnung auf Exporte wird in circa zwei Jahren erwartet. Mit Global Gate will der israelische Zoll die Einfuhr vereinfachen und verbilligen.



## Japan: Neue technische Standards

(GTAI) - In Japan wurden 25 neue technische Standards veröffentlicht und 76 bestehende Standards überarbeitet. Neue Standards gibt es vor allem in den Bereichen Elektrotechnik, Elektronik, Metallurgie und Messtechnik. Ferner für Hilfsmittel für ältere oder behinderte Menschen wie zum Beispiel für Rollstühle, Haltegriffe oder akustische Bedienungsanleitungen für Sehbehinderte. Bei den überarbeiteten Standards ist zusätzlich noch der Bereich Chemietechnik betroffen.

## EU: Fortschritte in Verhandlungen mit Mercosur-Staaten

(DIHK) - Die Europäische Union und die lateinamerikanische Staatengemeinschaft Mercosur haben bei ihrem Treffen Fortschritte bei den Verhandlungen über ein Handelsabkommen erzielt. Nach Angaben von EU-Kommissionsvizepräsident Jyrki Katainen befindet man sich nun im „endgame“. Die Kommission hat eine eigene Website mit Informationen zu den Verhandlungen erstellt.

Aus Sicht des DIHK sind jetzt klare politische Signale für den Endspurt nötig, da sonst ein großer handelspolitischer Vorsprung gegenüber anderen Weltregionen vergeben werden könnte. Nach Jahren des Stillstandes bietet eine Einigung konkrete Chancen, die Weichen für ein umfangreiches und ausgewogenes Freihandelsabkommen zu stellen. Dabei ist es auch wichtig, dass die hohen EU-Qualitätsstandards umgesetzt werden. Davon profitieren beide Seiten. Ein wechselseitig verbesserter Zugang zu wichtigen Branchenmärkten wie Maschinenbau, Automotive und Ernährungsindustrie wäre von großer Bedeutung für die deutsche Wirtschaft. Ein Freihandelsabkommen gerade mit Mercosur ist wichtig, da es auch hier noch immer viele Handelshürden gibt. So unterliegen 85 Prozent der europäischen Ausfuhren in den Mercosur dem Zoll, was Kosten in Höhe von jährlich vier Mrd. Euro ausmacht.

## Nigeria: Neue Local Content-Bestimmungen in Kraft

(GTAI) - Anfang Februar unterzeichnete Präsident Buhari die Presidential Executive Order No. 05-2018 for Planning and Execution of Projects, Promotion of Nigerian Content in Contracts and Science, Engineering and Technology. Mit der Verordnung, die unmittelbar nach Unterzeichnung am 2. Februar 2018 in Kraft getreten ist, will die Regierung vor allem die Made in Nigeria Campaign fördern.

Diesem Zweck dienen Maßnahmen, die den lokal erbrachten Anteil an der Gesamtwertschöpfung von Produkten bzw. Dienstleistungen erhöhen sollen (Stichwort: Local Content-Erfordernisse), wie unter anderem:

- alle ausschreibenden Stellen in Nigeria sind aufgefordert, bei der Auftragsvergabe nigerianischen Unternehmen - auf der Grundlage des Public Procurement Act 2007 - den Vorzug zu geben; nur wenn es an der erforderlichen Expertise vor Ort fehlt, können auch ausländische Unternehmen unter bestimmten Voraussetzungen zum Zuge kommen;
- die Erteilung von Visa an ausländische Arbeitskräfte ist verboten, wenn einheimische Personen mit den erforderlichen Qualifikationen zur Verfügung stehen;
- grundsätzlich soll heimische Technologie die ausländische ersetzen.

### Saudi-Arabien: „Exportal“ eingestellt

(GTAI) - Im April 2016 hat der DIHK zuletzt über das Vorhaben der saudi-arabischen Zollbehörden informiert, eine neue Online-Plattform namens „Exportal“ einzuführen. Die Pilotierung erfolgte mit Belgien. Nach Auskunft des belgischen Kammerverbands hat die Botschaft Saudi-Arabiens in Brüssel das belgische Wirtschaftsministerium darüber informiert, dass „Exportal“ zum 15. Dezember 2017 eingestellt wurde. Die offizielle Website <http://www.exportal.com> ist inzwischen nicht mehr erreichbar.

Ursprünglich sollten auf diesem Portal nach Saudi-Arabien exportierende Unternehmen Ursprungszeugnisse und Handelsrechnungen einstellen, damit die saudischen Zollbehörden die Dokumente bereits vor dem Eintreffen der Waren prüfen können. Auch die IHKs sollten im Rahmen einer Überprüfung der von den Unternehmen eingetragenen Angaben in diesen Verifizierungsprozess einbezogen werden. Nachdem die ursprünglichen Planungen zunächst eine verpflichtende Nutzung vorsahen, ging „Exportal“ 2016 zunächst auf freiwilliger Basis online.

### Slowenien: Neue Registrierungspflicht im nationalen Transparenzregister beachten

(GTAI) – Die 4. EU-Geldwäscherichtlinie (Richtlinie 2015/849 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2015) wurde in Slowenien mit dem Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung der Geldwäsche und der Finanzierung terroristischer Handlungen vom 28. Oktober 2016 ins nationale Gesetz implementiert.

Das Gesetz schreibt eine neue Registrierungspflicht für Unternehmen in Slowenien im nationalen Transparenzregister vor. Bis zum 19. Januar 2018 sollten bei der Agentur der Republik Slowenien für öffentlich-rechtliche Datenerfassung und Leistungen (AJPS) die tatsächlichen Eigentümer der Unternehmen identifiziert und registriert werden (Art. 136 Abs. 6 Nr. 11 des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung der Geldwäsche und der Finanzierung terro-

ristischer Handlungen). Eine Ausnahme sieht das Gesetz für Ein-Personen-Unternehmen vor. Diese Ausnahme gilt aber nur, wenn der alleinige Gesellschafter der Gesellschaft eine natürliche Person ist und auch alleiniger Vertreter der Gesellschaft. Wird die Registrierungspflicht nicht eingehalten, drohen Geldstrafen von 6.000 bis 60.000 Euro (Art. 164 des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung der Geldwäsche und der Finanzierung terroristischer Handlungen).

### Tschechische Republik: Neues Transparenzregister

(GTAI) – Die Umsetzung der 4. EU-Geldwäscherichtlinie (Richtlinie 2015/849 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2015) legt juristischen Personen und Stiftungen neue Registrierungspflichten auf. Die 4. EU-Geldwäscherichtlinie wurde durch das tschechische Gesetz Nr. 253/2008 Slg. und das Gesetz Nr. 304/2013 Slg. umgesetzt.

Ab dem 1. Januar 2018 müssen juristische Personen und Stiftungen Angaben zu ihrem wirtschaftlichen Eigentümer in einem neuen Transparenzregister machen. Unter wirtschaftlichem Eigentümer versteht man jede natürliche Person, die unmittelbar oder mittelbar eine juristische Person oder Stiftung kontrolliert. Das Transparenzregister wird geführt beim tschechischen Justizministerium und ist nicht öffentlich zugänglich. Die eigentliche Eintragung erfolgt über ein Formular beim jeweiligen Registrierungsgericht. Nachweise müssen beigefügt werden. Die Gebühr für die Eintragung beträgt 1.000 tschechische Kronen.

### Vietnam: Einfuhren ausländischer Automobile behindert

(GTAI) – Am 1. Januar 2018 hat die vietnamesische Regierung Dekret 116 in Kraft gesetzt, das detaillierte Anforderungen an Vertrieb und Produktion von Automobilen beinhaltet. Auch neue Regelungen für den Import von Kraftfahrzeugen wurden aufgestellt. Diese treffen die Einfuhren aus ASEAN, aber auch aus Europa schwer. Das offizielle Ziel der Regierung hinter den Maßnahmen ist der Verbraucherschutz. Es werden jedoch Vermutungen laut, dass gleichzeitig die einheimische Industrie geschützt werden soll.

Die neuen Importvorgaben der vietnamesischen Regierung erschweren die Einfuhr von Automobilen massiv. Im Januar 2018 sind die Neuwagenimporte nach Angaben des vietnamesischen Statistikamtes gegenüber dem Vormonat um 74 Prozent eingebrochen. Dabei sind zum Jahresbeginn Zölle auf vietnamesische Einfuhren von Automobilen aus Staaten der Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) weggefallen (Mehr Informationen zum Wegfall der Zölle und zum Automobilmarkt in Vietnam finden Sie unter <http://www.gtai.de/mkt201802198003>). Verbraucher, die sich auf kostengünstige Einfuhrwagen gefreut hatten, steigen nun auf Fahrzeuge aus heimi-

scher Produktion um oder verschieben ihre Kaufentscheidung. Insbesondere zwei Vorgaben von Dekret 116 verursachen den starken Einfuhrückgang. So benötigen Importeure seit Anfang 2018 für die Einfuhr von Neuwagen nach Vietnam ein Vehicle Type Approval-Zertifikat (VTA). Dieses soll die Konformität des Fahrzeugs mit vietnamesischen Vorgaben bestätigen und ist durch die Behörden des exportierenden Staates zu erteilen. Problematisch ist, dass ein VTA, wie es der Regierung vorschwebt, im Ausland nicht existiert und durch ausländische Behörden nicht ausgestellt werden kann. Deutsche Autobauer sind von den Vorgaben ebenfalls betroffen. Deutsche Behörden erteilen keine Bescheinigungen über die Konformität eines Fahrzeugs mit vietnamesischen Regelungen. Allerdings hoffen Branchenexperten vorsichtig darauf, dass eine klassische Homologation der Economic Commission for Europe (ECE) den Ansprüchen der vietnamesischen Behörden genügen wird. Eine endgültige Entscheidung hierzu steht noch aus. Ein Abkommen über die Anerkennung von ECE-Bescheinigungen, wie es beispielsweise zwischen der Europäischen Union (EU) und Malaysia, Thailand oder Südkorea besteht, existiert mit Vietnam nicht.

## Ländernotizen

### China: Steuer für die Umwelt

(GTAI) - China rückt 2018 der Umweltverschmutzung im Lande mit einer neuen Steuer auf den Leib. Zum 1. Januar 2018 hat die Umweltsteuer das bislang geltende Abgabensystem abgelöst. Schadstoffemissionen belasten damit das Unternehmensergebnis und füllen die Säcke der Lokalregierungen - vorausgesetzt letztere setzen auf Kontrolle und konsequente Steuererhebung. Investitionen in den Umweltschutz sollen sich lohnen. Davon profitieren in- wie ausländische Anbieter von Umwelttechnik.

### China verbietet Müllimport und setzt auf Wiederverwertung

(GTAI) - China setzt sein im Juli 2017 verkündetes Importverbot für 24 Festmüll-Kategorien schrittweise um. Seit 2018 ist unter anderem die Einfuhr von Kunststoffabfällen und unsortiertem Altpapier verboten. Bis Ende 2019 soll dies für alle inländisch ersetzbaren Abfälle gelten. Gleichzeitig investiert das Land gewaltig in den Aufbau seiner Recyclingwirtschaft.

Bis Ende 2019 sollen alle durch inländische Ressourcen ersetzbaren Abfallprodukte nicht mehr eingeführt werden können. Die Liste der betroffenen Kategorien wird laufend ergänzt. Ende 2019 dürften Händler keinen Festmüll mehr einführen; bereits 2018 wird die Vergabe entsprechender Lizenzen stark reglementiert und kontrolliert.

Ziel des Importverbots ist nicht nur, die eigene Umwelt zu schonen, sondern

auch eine inländische international wettbewerbsfähige Entsorgungs- und Recyclingbranche aufzubauen. Stärker als bislang sollen inländisch vorhandene wiederverwertbare Rohstoffe genutzt werden. Diese sind bislang häufig stark verunreinigt und im Vergleich zu importierten Abfällen schwieriger zu verwerten. Der Regierungserlass vom 18. März 2017 macht nun die Sortierung von Haushaltsmüll in China zur Pflicht. Bis 2020 soll die Recyclingrate bezogen auf den gesamten Haushaltsmüll 35 Prozent erreichen.

Umgesetzt wird der Plan in mehreren Phasen - zuerst in den regierungsmittelbaren Städten Beijing, Shanghai, Tianjin und Chongqing sowie in weiteren 27 Provinzhauptstädten, danach in zehn als Demonstrationsstädte für Hausmüllentsorgung ausgewählten kleineren Kommunen. Auch öffentliche Einrichtungen wie Universitäten und Schulen, das Gaststätten- und Hotelgewerbe sowie Groß- und Einzelhandelsmärkte oder Neuerschließungen müssen bis 2020 den Müll trennen.

Die bislang im Land vorhandenen Sammel- und Vertriebsstellen sowie Recycling- und Müllverbrennungsanlagen reichen dafür sowohl quantitativ als auch qualitativ nicht aus. Allein im Rahmen des Fünfjahresprogramms 2016 bis 2020 zur Behandlung von Siedlungsabfällen plant die Regierung daher, bis 2020 rund 38 Milliarden US-Dollar zu investieren.

### Frankreich: Pariser Verkehrsbetrieb lanciert Großausschreibung für Elektrobusse

(GTAI) - Nach zahlreichen Versuchen mit Elektrobussen will das französische Verkehrsunternehmen RATP, das einen Großteil des öffentlichen Verkehrs in Paris und der Region Ile-de-France durchführt, bis zu 1.000 Fahrzeuge kaufen. In dem Markt sehen sich in Frankreich angestammte Akteure wie Bolloré, Heuliez und Alstom einer starken chinesischen Konkurrenz gegenüber, die eigene Montagebetriebe in Frankreich aufbaut.

### Frankreich: Datenschutz treibt Softwaremarkt an

(GTAI) - Der französische Markt für IT-Dienstleistungen, Software und Technologieberatung wird 2018 weiter von einer günstigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sowie von steigenden Investitionen für Datenschutz und Digitalisierung profitieren. Dies geht aus einer Prognose des Branchenverbandes Syntec Numérique vom Dezember 2017 hervor, der im Jahr 2018 ein Wachstum von 3,6 Prozent erwartet.



### Griechenland: Kaufkraft und Konsum

(GTAI) - Die Kaufkraft der Griechen bleibt schwach. Bei rund 15 Prozent reicht das Einkommen nicht einmal, um Grundbedürfnisse zu decken. Während die Konsumausgaben in den vergangenen Jahren stark zurückgingen, blieb deren Struktur nahezu gleich. Mehr als die Hälfte der Konsumausgaben entfällt auf Lebensmittel, Wohnen und Verkehr. Bei der Kaufentscheidung spielen Sonderangebote eine wichtige Rolle.

### Israel: Gegengeschäftsforderungen in Israel zwischen Strenge und Flexibilität

(GTAI) - Die für die Abwicklung von Gegengeschäften durch ausländische Unternehmen zuständige israelische Behörde für Industrielle Zusammenarbeit (Industrial Cooperation Authority - ICA) strebt eine konsequente Erfüllung der Gegengeschäftsverpflichtungen an. Zugleich sieht sie sich aber als eine Vermittlungsstelle, die ausländischen Firmen dabei auf vielfache Weise helfen kann. Sanktionen gelten nur als letzter Schritt, vor dem mehrere andere Phasen durchlaufen werden müssen.

### Israel: Sonderkennzeichnung ungesunder Nahrungsmittel ab 2020

(GTAI) - Das israelische Parlament hat die Sonderkennzeichnung von Nahrungsmitteln mit hohem Gehalt an Zucker, Natrium oder gesättigten Fettsäuren beschlossen. Bisher gab es in Israel keine derartige Regelung. Statt wie ursprünglich geplant im Jahr 2018 tritt die Verordnung, über die lange debattiert wurde, Anfang 2020 in Kraft. Das Gesundheitsministerium erwartet, dass die Rezeptur möglichst vieler Produkte an die künftig geltenden Obergrenzen angepasst wird.

### Iran: Hafensektor macht Fortschritte

(GTAI) - Der Ausbau des Logistiksektors gehört zu den Prioritäten der iranischen Entwicklungsplanung. Die Hafenkapazitäten am Persischen Golf sollen modernisiert und erweitert werden. Zur Umsetzung sind ausländische Finanzierungen und Investitionen erforderlich. Internationale Hafenbetreiber werden gesucht. Derzeit ist Indien im Hafensektor der wichtigste ausländische Investor: Die Erweiterung des Hafens Chabahar wird mitfinanziert. Kapital wird auch für den Ausbau von Transitrouten benötigt.

### Irland: Neue Klinikprojekte geplant

(GTAI) - Irlands Medizintechnikmarkt soll Prognosen zufolge von 2016 bis 2020 um 23 Prozent wachsen. Die öffentlichen Gesundheitsausgaben sollen zwischen 2017 und 2020 sogar um 60 Prozent steigen. Das Ausgangsniveau ist aber wegen der rezessionsbedingten Einsparungen von 2009 bis 2013 noch relativ gering. Das größte Investitionsprojekt ist die neue Kinderklinik in Dublin. In Irland sind 18 der 25 weltgrößten Hersteller von Medizintechnik tätig.

### Italien: Medizintechnikhersteller bauen Exportgeschäft aus

(GTAI) - Italiens Nachfrage nach Medizintechnik stagniert. Allerdings wächst der bereits hohe Anteil der Importe. Sie stiegen 2016 um 1,6 Prozent. Auch wenn die staatliche Finanzierung stockt, wird Italien mittelfristig durch die Alterung der Bevölkerung ein Wachstumsmarkt bleiben. Der Substitutionsbedarf ist hoch, besonders bei medizinischen Großgeräten. Deutschland ist der wichtigste Lieferant von Medizintechnik. Die Ausfuhren italienischer Hersteller steigen jedes Jahr an.

### Niederlande: Medizintechnikmarkt wächst robust

(GTAI) - Die Niederlande sind eine wichtige internationale Drehscheibe für medizintechnische Produkte. Der Markt für Medizintechnik entwickelt sich robust. Die Versorgung des Binnenmarkts erfolgt zu großen Teilen über Importe. Deutsche Hersteller kommen bei den Einfuhren auf einen Anteil von 8 Prozent. Die Gesundheitsbranche ist besonders offen für technologische Entwicklungen. Geschäftschancen ergeben sich insbesondere bei Lösungen für die ambulante Pflege.

### Polen: Möbelindustrie investiert weiter

(GTAI) - Polen stärkt seine Position als bedeutender Möbelproduzent. Zahlreiche Unternehmen bauen ihre Kapazitäten aus. Die Branchenstruktur ist stark zersplittert. Unter den kleinen bis großen Unternehmen ist ein gewisser Konsolidierungstrend spürbar. Auch tummeln sich zahlreiche Mikrofirmen auf dem Markt. Die Möbelexporte sollen 2018 wieder zunehmen, und auch im Land selbst wächst die Nachfrage nach Wohnungs-, Büro- und Ladeneinrichtungen.

### Polnische Häfen schlagen mehr Güter um

(GTAI) - Der Güterumschlag der polnischen Seehäfen nahm mit Ausnahme der trockenen Massengüter 2017 weiter zu. Die gute Konjunktur und der wachsende internationale Handelsaustausch lassen für 2018 ein ebenfalls positives Ergebnis erwarten. Die immer bessere Infrastruktur ermöglicht eine reibungslosere logistische Abwicklung. Die Häfen investieren weiter in ihre Kapazitäten. Passagieren stehen mehr Fährverbindungen zur Verfügung.

### Russland: Anforderungen an Produkte "Made in Russia" steigen

(GTAI) - Russland setzt auf Importsubstitution und Lokalisierung, um die heimische Industrieproduktion zu stärken. Seit 1. Februar 2018 definiert die Verordnung Nr. 719 zusätzliche Kriterien zur Erlangung des Status "Made in Russia" und schließt neue Produktgruppen ein. Bestehende Lokalisierungs-vorschriften werden verschärft. Deutsche Unternehmen sollten sich frühzeitig eine Strategie überlegen, wie sie "russischer Produzent" werden können.

### Schweiz: Anteil des Solarstroms soll weiter erhöht werden

(GTAI) - Die Schweiz setzt nach wie vor auf den Ausbau der Solarenergie. Bis zum Jahr 2035 soll sie fast ein Drittel zur inländischen Stromproduktion beitragen. Zuletzt konnte das Land seine ehrgeizigen Ziele nicht erreichen, die Abstimmung über das neue Energiegesetz im Jahr 2017 sorgte für Zurückhaltung der Investoren. Nachdem jetzt aber fest steht, wie die öffentliche Förderung weiterhin aussieht, zeigt sich die Branche optimistisch.

### Tunesien: Deutsche Investoren im Maghreb zum Teil unterrepräsentiert

(GTAI) - Tunesien ist mit einem günstigen Wechselkurs und seiner Nähe zu Europa weiterhin produktiver Standort für die industrielle Fertigung. Marokko lockt neue Investoren mit der hohen politischen Stabilität, der zunehmend wichtigen Funktion als Sprungbrett für den afrikanischen Markt, aber vor allem durch die Ansiedlung bedeutender Automobilhersteller. Mit Importrestriktionen versucht Algerien ausländische Produzenten ins Land zu holen. Die Rahmenbedingungen bleiben aber unbefriedigend.

### Türkei: Markt für Medizintechnik hat hohes Wachstumspotenzial

(GTAI) - Der türkische Krankenhausesektor ist eine der wachstumsträchtigsten Branchen des Landes mit umfangreichen Investitionen. Insbesondere im Rahmen von öffentlich-privaten Partnerschaften (PPP) sind mehrere neue Krankenhäuser in der Planung und im Bau. In Verbindung mit diesen Projekten entsteht erheblicher Bedarf an Planungs- und Beratungsleistungen sowie medizinisch-technischen Geräten, Apparaten und Instrumenten.

### Ungarn: Möbelhersteller baut Kapazitäten aus

(GTAI) - Der österreichische Möbelhersteller Ada baut seine Präsenz in Ungarn aus. In den nächsten fünf Jahren sollen umgerechnet 16,8 Millionen Euro in die Erweiterung der Produktionskapazitäten an mehreren Standorten des Unternehmens in Ungarn investiert werden. Die ungarische Regierung unterstützt das Projekt mit einem Zuschuss von rund 20 Prozent der Gesamtkosten des Vorhabens.

### Vietnam: Getränkemarkt wächst

(GTAI) - Eine wachsende, junge Bevölkerung und steigende Einkommen verheißen gute Aussichten für den Getränkemarkt in Vietnam. Der Verbrauch von alkoholischen und nicht-alkoholischen Getränken steigt. Ausländische Unternehmen sind gut im Markt vertreten und investieren weiter. Wichtige Staatsbrauereien werden privatisiert und müssen sich modernisieren, um ihre Stellung zu behaupten. Hohe Zölle und Verbrauchsteuern erschweren die Einfuhr von Getränken.

## Allgemeines

### China: Unterstützung durch German Centres

Die German Centres in Peking und in Shanghai unterstützen insbesondere mittelständische deutsche Unternehmen bei der Marktbearbeitung in China. Seit 1999 bietet das German Centre Peking deutschen Unternehmen in China Büros, Beratung und einen Zugang zu diversen Netzwerken. 2015 wurde die Fläche an einem zweiten Standort im Chaoyang Distrikt verdoppelt, um dem steigenden Bedarf zu entsprechen. Dabei arbeitet das German Centre eng mit den Bankrepräsentanzen der LBBW in Peking und Shanghai zusammen. Ent-

scheidend ist, dass das German Centre den direkten Erfahrungsaustausch und Zugang zu diversen Netzwerken ermöglicht. So können sich gerade Neuankömmlinge leichter in die Gegebenheiten des lokalen Markts einfinden. Seit seiner Gründung haben insgesamt rund 400 Unternehmen das German Centre in Peking als Ausgangspunkt für ihr Engagement in China genutzt. Derzeit sind rund 130 Firmen Mieter. Neben dem German Centre in Peking betreibt die LBBW zudem Häuser in Singapur, Mexiko-Stadt und in Moskau. Die Bayerische Landesbank bietet darüber hinaus Büroräumlichkeiten in Shanghai und Taicang an. Weitere Informationen finden Sie auch über die Website der German Centre. Ihre Ansprechpartnerin Vera Brielich, German Centres weltweit, Telefon +49 711 127-79183, E- Mail: [welcome@germancentre.com](mailto:welcome@germancentre.com)

### BREXIT: DIHK-Umfrage „Auswirkungen des Brexit“ veröffentlicht

Der DIHK hat die Ergebnisse einer Umfrage zu den Auswirkungen des Brexit aus Sicht der deutschen Unternehmen veröffentlicht. Die Umfrage ist eine Auskoppelung der Umfrage „Going International 2018“, bei der die IHKs auslandsaktive Unternehmen zu ihren internationalen Geschäften befragen. Die Umfrage hat ergeben, dass die Unsicherheit bei den deutschen Unternehmen angesichts des fehlenden Commitments der britischen Seite und der damit verbundenen stockenden Verhandlungsfortschritte sehr hoch ist. Die Unternehmen äußern deshalb, Schwierigkeiten zu haben, sich adäquat auf den Brexit vorzubereiten. Als „kaum kalkulierbares Risiko“ bewertet DIHK-Präsident Dr. Eric Schweitzer in der Tageszeitung „Die Welt“ die Folgen des Brexit knapp ein Jahr vor dem EU-Austritt Großbritanniens. Viele deutsche Unternehmen seien verunsichert.

Gleichzeitig wünschen sich die Unternehmen, dass der Binnenmarkt geschützt bleibt; ein Rosinenpicken wäre der falsche Weg. Die Forderung an die Briten ist deshalb: endlich belastbare Vorschläge für die künftigen Beziehungen vorzulegen. Die zentralen Ergebnisse sind:

1. Der bevorstehende Brexit ist bereits jetzt eine Belastung für Unternehmen
2. Ein unklarer Brexit und ein unregelmäßiger Übergang führen zu Unsicherheit
3. Die Vorteile eines gemeinsamen Binnenmarkts sind zu schützen



## Impressum

Herausgeber:  
Industrie- und Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg  
Ringstraße 4  
26721 Emden

Die Informationen werden mit größter Sorgfalt zusammengetragen, recherchiert und verarbeitet. Eine Gewähr für die Richtigkeit kann jedoch nicht übernommen werden.

Weitere Informationen zu den einzelnen Meldungen können bei der jeweiligen IHK angefordert werden.

Tagesaktuelle Veranstaltungsinformationen finden Sie unter:

[www.ihk-empden.de](http://www.ihk-empden.de)

Ansprechpartner der Industrie- und Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg:

Murat Özdemir	Tel. 04921 8901 24 E-Mail: <a href="mailto:murat.oezdemir@empden.ihk.de">murat.oezdemir@empden.ihk.de</a>
Hannelore van Westen	Tel. 04921 8901 74 E-Mail: <a href="mailto:hannelore.vanwesten@empden.ihk.de">hannelore.vanwesten@empden.ihk.de</a>
Meike Westerman	Tel. 04921 8901 31 E-Mail: <a href="mailto:meike.westerman@empden.ihk.de">meike.westerman@empden.ihk.de</a>
Elke Wiertzema	Tel. 04921 8901 31 E-Mail: <a href="mailto:elke.wiertzema@empden.ihk.de">elke.wiertzema@empden.ihk.de</a>

## Anforderungsbogen

Fax-Nr.: 04921 8901 9274  
Industrie- und Handelskammer  
für Ostfriesland und Papenburg  
International  
Ringstraße 4  
26721 Emden

Anforderung von Informationsmaterial – Außenwirtschaft aktuell März 2018  
Wir bitten um die Übersendung von Informationsmaterial (bitte Thema und Seite angeben):

---

---

Die Unterlagen erbitten wir an folgende Anschrift:  
(Bitte deutlich schreiben!)

Firma:

Straße:

Ort:

Kontaktperson:

Telefon:

Telefax:

E-Mail:

- Wir sind nicht mehr am Bezug der Printversion interessiert.

## Notizen:

## Notizen:

## Notizen:



Bildnachweis: shutterstock.com



Industrie- und Handelskammer  
für Ostfriesland und Papenburg

3 2018